

Abg. große Deters interessierte sich für die Haltung der Kommunen zur Abrechnung der Kreisumlagen Mehrbelastung Jugendamt und Mehrbelastung ÖPNV. Er bat die Verwaltung, dies bei den Kommunen abzufragen.

Kreiskämmerin Udelhoven antwortete, eine abschließende Abfrage der Haltung der Kommunen zu dem Thema sei nicht erfolgt. Gegen eine Spitzabrechnung mit den Kommunen stehe das Argument der Planungssicherheit für die Kommunen und den Rhein-Sieg-Kreis. In der Vorlage empfehle die Verwaltung, in der Haushaltssatzung auf einen Verzicht zur Spitzabrechnung hinzuweisen.

Der Vorsitzende fasste zusammen, die Verwaltung werde gebeten, eine Abfrage bei den Kommunen zu dieser Thematik durchzuführen.